

Vorwärts

Bestellungen
nehmen an alle Postämter und Buch-
handlungen des In- u. Auslandes.

Verlagsgesellschaft.
Herausg. v. J. G. B. Schmidt, Buchhändler-
Verlagsgesellschaft, 154 Kl. Straße Nr.
154, Berlin. U. G. B. Schmidt, 430 North
3rd Street,
J. G. B. Schmidt, 113 Charlotte St.
Columbus N. J.; J. G. B. Schmidt, 216 Wash-
ington St.,
Chicago; H. B. Schmidt, 74 City Avenue,
San Francisco; J. G. B. Schmidt, 419 O'Farrell St.
San Francisco; J. G. B. Schmidt, 4 New
Golden Square.

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Langsamer Hungertod.

Als Passaffe vor circa 15 Jahren in seinen Agitations-
schriften den Nachweis führte und zwar an der Hand der stati-
stischen Wissenschaft, daß ein großer Theil des arbeitenden Volkes
den langsamen Hungertod sterbe, da war ein Geschrei unter den
Schriftgelehrten, und Acht und Aberacht verhängte man über den
müthigen Volksstreiter.

Jetzt gesehen aber, wenn auch nur in verschämter Weise, die
Blätter der Bourgeoisie in unbewußten Augenblicken die Wahr-
heit der Passaffes Behauptung oft genug ein. So lesen wir im
„Hamburger Correspondent“ folgende bezeichnende Sätze:
„Unvollkommene Nahrung kann nur unvollkommene
Menschen erzeugen: aus schlecht genährten, schwachen Kindern
können nur schlechte und schwache Arbeiter, schlechte, keine Strap-
pazen aushaltende Soldaten und schwache Mütter werden, die
wieder nur einem schwachen Geschlechte das Leben geben
können. Dies Alles ist aber noch der geringere Uebelstand, wenn
man bedenkt, daß solche in der Kindheit schlecht genährte und
dadurch in ihrer Constitution geschwächte Menschen, immer am
ehesten für ansteckende Krankheiten empfänglich sind und so gleich-
sam zum Seuchenherde werden, von wo aus sich die Pest weiter
entwickelt. . . . Es ist ganz unmöglich, die Größe des Elends
zu überstreichen, welches durch Menschen fortgepflanzt wird, die
eine mehr als gewöhnliche Empfänglichkeit und Reizung zu
Krankheiten besitzen. Nur vom wirtschaftlichen Standpunkte aus
betrachtet, müssen wir nicht sagen, daß solche Menschen in der
Folge die meisten Kosten und Kapitalverluste verursachen? Ihre
Nachkommenschaft ist siech und trägt den Keim frühen
Todes und zum mindesten eine Schwäche mit sich, die
eine volle Entfaltung der Arbeitsleistung nicht zuläßt. Dem
Staate oder sogar der Gesamtwirtschaft ist aber nicht
von größerem Vortheile, als das Leben derjenigen möglichst lang
und frei von Krankheit zu erhalten, welche die Periode des un-
produktiven jugendlichen Alters überschritten haben. Der Staat
kann kein Kapital besser verwenden, als in der Förderung aller
jener Anlagen, welche gegen die Erzeugung und Verbreitung von
Krankheiten gerichtet sind.“

So der „Hamburger Correspondent“. — Daß wir es hier
mit einer ausgeprägten Bourgeoisabhandlung zu thun haben,
das beweist wohl in scharfer Weise die Ansicht, daß das gerin-
gere Uebel in der That die Ursache liege, daß die schlechtgenährten
Glieder der menschlichen Gesellschaft zu Grunde gehen, das grö-
ßere Uebel liege in der Empfänglichkeit dieser schlechtgenährten
Menschen, ansteckende Krankheiten in sich aufzunehmen und auf
diese Weise die gutgenährte Gesellschaft, die Bourgeoisie, zu be-
drohen.

Stellt man diese Anschauung in den Vordergrund, so begreift
man wohl, weshalb der „Hamburger Correspondent“ die „Ge-
sellschaft zur Verbreitung guter Mittagsmahl“ so warm em-
pfehlte — es prägt sich darin die Angst um den eigenen wohl-
genährten Leib aus. — Doch wir wollen nicht boshaft sein, wir
wollen diesen wunden Punkt nicht weiter berühren, sondern ledig-
lich unserer Freude Ausdruck verleihen, daß die Blätter der Bour-
geoisie endlich einmal anfangen, das Volkseleud zu begreifen und
den Staat um Hilfe zu rufen.

Der „Hamburger Correspondent“ ist so gewiß davon über-
zeugt, daß eine unzureichende Ernährung im Volke vielfach statt-
findet, daß er gar keine Beweise bringt; wir finden das einer
anerkannten Thatsache gegenüber im Grunde genommen äußerst
lässlich, doch wenn wir Sozialdemokraten diese Lässlichkeit befolgen
wollten, so würde man vielfach wieder von Uebertreibungen
reden, von Aufpöhlereien durch unbewiesene Angaben, deshalb
wollen wir uns an dieser Stelle wenigstens salbiren indem wir
auf die Berichte der Jütlander Gewerbestammer — also eines gewiß
nicht sozialdemokratischen Instituts — hinweisen; wir erziehen
aus denselben, daß das Volk wirklich hungert und dadurch nach
und nach dahinzieht.

Wie diese Berichte feststellen, hat der größte Theil der
sächsischen Weber auch in normaler Zeit per Jahr nicht volle
300 Mark Einkommen. Dieses Einkommen haben nur solche,
die sich der Beihilfe der Frauen oder halberwachsener Kinder
erfreuen. Die traurige Lage der sächsischen Weber wurde von
unserer Seite oft genug, sowohl in öffentlichen Versammlungen
als auch in der Presse, erwähnt und nachgewiesen, von den Geg-
nern jedoch stets in der unverkennbarsten und unverfrorensten
Weise für „Lüge“ und „Uebertreibung“ erklärt. Ein nichts
weniger als sozialistisches Blatt, der Frankfurter „Mercur“, Organ
für die Bourgeoisie, schreibt unter Hinweis auf obige Handelskammer-
berichte folgendes: „Kann sich bei diesen exorbitanten Verhältnissen
wonach eine ganze Weberfamilie nicht mehr als 300 Mark
jährlich verdient, noch jemand wundern, daß Sachsen das frucht-
barste Feld der sozialdemokratischen Agitation und ein offener
Heerd für alle auf den Umschwung der heutigen Gesellschafts-
verfassung gerichteten Verheerungen geworden ist? Heißt das
eine gesunde oder eine gesunde industrielle Organisation,
wenn ein großer Bruchtheil der Bevölkerung auf reine Kartoffel-
nahrung angewiesen ist, welche den Leib verkümmern läßt, jeden
geistigen Aufschwung lähmt und den Fortschritt der allgemeinen
Cultur hindert? Diese Zustände sind in der That unhaltbar
und es thut noth, alle Uebel in Bewegung zu setzen, um eine
Verbesserung der Lage dieser elenden Weberbevölkerung her-
zuführen. . . . Die heutige Weise in einem großen Theil
unserer Arbeiterbevölkerung, welche um so tiefer empfunden
werden wird, je mehr die Ideen der Ausklärung Ver-
breitung finden, kann nur mit einem Zusammenbruch
unserer heutigen Gesellschaftsordnung endigen, wenn
nicht rechtzeitig Maßnahmen getroffen werden, um dieses Unerbitt-
liche zu verhüten.“

Da haben wir dieselben Zugeständnisse und auch jedenfalls
dieselben Maßnahmen, Bettelstuppen, die der „Hamburgische
Correspondent“ macht und empfiehlt.

Aber nicht nur die Kinder des Volkes leiden an unvollkom-
mener Nahrung, sondern auch die „Kinder des Königs“, die
Soldaten, und daran hat wohl kaum der „Hamburgische Corre-
spondent“ gedacht.

Der gewiß unversänglichen „Norddeutschen Allgemeinen Zei-
tung“ entnehmen wir, daß durch wissenschaftliche Untersuchungen
festgestellt ist, daß zur Ernährung eines „arbeitenden“ Soldaten,
wenn er sein „recht“ und „links“ nicht auf Kosten seiner
Gesundheit machen soll, 120 Gr. Eiweiß, 170 Gr. Fett und
350 Gr. Kohlenhydrate täglich gehören. Nachweislich aber ent-
halten die den deutschen Soldaten im Durchschnitt verabfolgten
Nahrungsmittel 143 Gr. Eiweiß — also 23 Gr. mehr, als
nötig. — 515 Gr. Kohlenhydrate — also 165 Gr. zu viel, —
aber nur 54 Gr. Fett — also 116 Gr. Fett zu wenig. Die
Kohlenhydrate, wenigstens das Mehr derselben, nützen gar nichts.
So stehen sich also 23 Gr. Eiweiß mehr, 116 Gr. Fett zu wenig
gegenüber. — Jeder Arzt wird sofort erklären müssen, daß bei
großen Strapazen gerade die Entziehung der zur Ernährung
nothwendigen Fette von ungemein zerschörender Wirkung für
den menschlichen Körper ist.

Was ist nun das Resultat dieser sanitären Angaben? Der
preussische deutsche Soldat erhält „unvollkommene Nahrung“.

So sehen wir das vom „Hamburger Correspondent“ schroff
angedeutete Uebel in noch größerem Umfange vor uns, in einem
Umfange, welcher für Staat und Gesellschaft verhängnisvoll zu
werden droht. Und die Ursache, welcher „Hamburger Corre-
spondent“ die Ursache ist, weil in der heutigen Gesellschaft die
Arbeit kein Recht hat, weil der Ertrag der gesammten Arbeit
ungerecht zu Gunsten einer kleinen Anzahl Menschen vertheilt
wird, und weil diese kleine Anzahl den Ueberfluß hat, der hin-
reichend wäre, die „unvollkommene Nahrung“ der großen Masse
in eine vollkommene zu verandern. Aber gegen ein solches
Unrecht helfen keine Suppenanstalten, keine Bettelmahl —
dagegen hilft nur das Recht der gesammten Menschheit an den
Produkten der Erde und an ihren eigenen Erzeugnissen.

Aus Dänemark.

Kopenhagen, 25. Februar.

Wie aus der Nummer 19 des „Vorwärts“ vom 15. Februar
erichtlich, wurde hier am 20. Januar eine Versammlung abge-
halten, in welcher über Mittel und Wege berathen wurde, wie
der herrschenden Noth und Arbeitslosigkeit in etwas zu steuern
sei. Die Versammlung wählte damals bekanntlich einen Aus-
schuß und ermächtigte denselben, in einer später einzuberufenden
Versammlung Vorschläge zu machen, wie man den Arbeitern
am besten beistehe. Bereits acht Tage später, also am
28. Januar, war der Ausschuß sich schlüssig geworden und be-
trieb eine Versammlung ein, um denselben Vorschläge zu machen.
Die Versammlung war aus den verschiedensten Gesellschaftsklassen
sehr zahlreich besetzt und war u. A. auch der Cabinetssekretär
des Königs anwesend. Der Ausschuß begrüßte die Versammlung
mit einer Vorrede, welche in möglichst wortgetreuer Uebersetzung
sich folgendermaßen anhört:

„Der Ausschuß betrachtet es als eine Thatsache, daß große
Arbeitslosigkeit und in Folge dessen große Noth unter den Ar-
beitern herrscht, und daß es deshalb Pflicht Aller sei, nach
Möglichkeit G.obeiträge zu leisten, um dieser Noth abzuhelfen
oder sie doch zu lindern.“

Der Ausschuß hat den ihm gewordenen Auftrag dahin auf-
gefaßt, sich darauf zu beschränken, die Mittel anzudeuten, wie
diese Noth in der nächsten Zeit im größtmöglichen Umfange
schleunigst zu lindern sei. Dagegen hat er es als außerhalb
seiner Aufgabe liegend betrachtet, seinen Einfluß dahin geltend
zu machen, daß durch die Gesetzgebung oder sonstige Veran-
staltungen in Zukunft ähnlichen Verhältnissen vorzubeugen sei.

Der Ausschuß hält es für Pflicht, seine Auffassung dahin
auszusprechen, daß jede Veranstaltung, welche zur Abhilfe der
Noth vorgeschlagen wird, innerhalb der Regeln für eine gesunde
ökonomische Entwicklung liegen muß. So muß er ganz bestimmt
abwählen, daß künstlich Arbeit geschafft werde, welche ebenfalls
zur Vergrößerung der schon bestehenden Ueberproduktion be-
tragen würde.

Judem der Ausschuß von diesen Voraussetzungen ausgeht
und indem er an das Circular erinnert, welches das Ministerium
des Innern im vorigen Jahre aus Anlaß der damals herrschen-
den Noth, die unzweifelhaft nicht so groß war wie jetzt, erließ,
erlaubt er sich folgende Vorschläge zu machen:

1) Die Versammlung wendet sich mit dem Ersuchen
an die Volksvertretung, sie wolle das Thun, die Arbeits-
und Nahrungslosigkeit zu erleichtern, indem sie die Bewilligung
zur Vornahme von Staatsarbeiten ertheilt, die schon genehmigt
sind. Sie fordert demnach die Regierung auf, so bewilligte
Arbeiten schnellmöglichst vorzunehmen zu laß u, besonders die, zu
welchen die erforderlichen Gegenstände im Inlande geliefert wer-
den können. Ferner ersucht die Versammlung die Volksvertre-
tung und Regierung, in Erwägung zu ziehen, ob es rätzlich sei,
in Uebereinstimmung mit dem, was bei der Handelskrisis 1857
geschah, eine oder mehrere Darlehnskassen für Geschäfttreibende
zu errichten, selbstverständlich mit Vorbehalt, welche vom Staate
oder den städtischen Behörden gewählt werden.

2) In demselben Sinne stellt die Versammlung auch eine
Bitte an die Kommunalverwaltung der Hauptstadt, der sie das
Ersuchen hinzufügt, die hochgeehrte Verwaltung möge, sofern die
nötigen Geldmittel nicht vorhanden sind, erwägen, auf welche

Weise sie beschafft werden könnten, ohne einen schädlichen Druck
zu schaffen.

„Dabei spricht die Versammlung es als ihre Hoffnung aus,
daß die hochgeehrte Kommunalverwaltung es sich angelegen sein
lasse, in genaue Erwägung zu nehmen, welche andere Schritte
sie thun kann, um der gegenwärtig herrschenden Arbeitslosigkeit
und Noth entgegen zu arbeiten.“

3) Die Versammlung richtet die inständige Aufforderung
an das Publikum — insbesondere aber an den großen Mittel-
stand und die, welche für sich selbst einen kleinen Beitrag leisten
können — daß sie gerade jetzt kräftig und nachdrücklich die Vereine
unterstützen, deren Aufgabe es ist, den Nothleidenden zu Hilfe
zu kommen.

4) Die Versammlung beschließt, einen Ausschuß von 7 Mann
zu ernählen, der für die nächsten drei Monate in jedem Hause
Subscriptionen zu veranstalten hätte, und sollen die Beiträge,
deren niedrigster Satz 10 Derc beträgt, allwöchentlich eingeholt
werden.

„Das Comité hat den Auftrag, sich mit den schon bestehen-
den wohlthätigen Vereinen in Verbindung zu setzen, um Gleich-
artigkeit des Verfahrens und die schnellste und bestangewendete
Hilfe zu erzielen.“

Dies die Vorschläge des Ausschusses.
Der Berichterstatter bezeichnet hierauf in längerer Rede den
vorhandenen Entwurf als geistlich statthaft; habe die Regierung
1857 dem Handelsstande geholfen, so könne sie jetzt auch dem
Handwerker helfen. Hinsichtlich der 10 Derc (11 $\frac{1}{2}$ Pf.) Sub-
scription, von welcher sich Viele große Erwartungen machen,
haben indeß einflußreiche Männer abgerathen, denn man könne,
hoch gerechnet, in den nächsten 3 Monaten höchstens 65,000 Kronen
(72,000 Mark) erwarten.

Die beiden ersten Punkte wurden darauf ohne Diskussion
einstimmig angenommen. Zu den zwei letzten Punkten sprach
sich ein Redner dahin aus, daß auch die Arbeiterklasse im Comité
vertreten sein müsse und daß er folgende Vereine im Auge habe:
Handwerkerverein, Industrieverein, Lehrtrübsverein, Arbeiter-
verein von 1863, Wassenbrüderverein, der brüderlichen Arbeiter-
klasse Hilfsverein, Handwerker-Bormanns (Altgefallen-) Verein,
Kranken- und Begräbnisverein von 1863 und Arbeiterverein
von 1867. Wenn diese (natürlich nichtsozialistischen) Vereine mit
22,000 Mitgliedern herangezogen würden, lände sich mehr In-
teresse für die Sache. Es kam darauf zur Sprache, daß die
Vorsitzendenmitglieder dieser Vereine theilweise auch dieselben Ämter
in anderen führten. Der erste Redner hielt seine Ansicht auf-
recht: es müsse den Arbeitern gestattet sein, in dieser Angelegen-
heit ihre Vertreter wählen zu können, worauf ein ungenannter
Anwesender erwiderte, daß man damit den Arbeitern einen
schlechten Dienst erwiese; auch alle folgenden Redner sprachen
sich gegen die Zulassung der Arbeiter zum Comité aus.

Commerzienrath Heymann erwartet nicht so bald etwas
von den zwei ersten Punkten; in der Zukunft könnten sie viel-
leicht etwas Gutes zur Folge haben. In Hinsicht auf die augen-
blickliche Noth wären die zwei letzten Punkte von besonderer
Bedeutung, denen man deshalb die größte Aufmerksamkeit widmen
müsse. Die 10 Derc-Subscription würde gewiß nicht zulangen,
denn wenn man sich der 4 Schilling-Subscription von 1864
erinnere, so läne man in den 13 Wochen höchstens auf 40,000
Kronen rechnen. Es müsse in dieser Versammlung gesagt wer-
den, daß der Vorwurf, der Arbeiter habe in den guten Jahren
zu flott gelebt, unberechtigt sei (Hört!); es war anzunehmen,
daß die Arbeiter in der guten Zeit ihre Frauen und Kinder
besser leben ließen, als sie sonst im Stande waren; der Kauf-
mannsstand und die anderen Klassen der Gesellschaft haben ja
ein Beispiel in dieser Hinsicht gegeben, so daß sie alles Recht
verloren haben, Vorwürfe zu machen. Er schlage vor, einen
Vorschlag von 10 Derc auf die Theaterbills zu legen, was
in einem Monat 20,000 Kronen eintragen würde.

Was in der Versammlung sonst noch geschah und be-
schlossen wurde, bleibe unerwähnt — kurz, die Subscriptions-
listen wurden ausgetragen, das Resultat derselben ist mir aber
noch nicht bekannt geworden. An den drei Sammelstellen sind
bis jetzt ungefähr 5000 Kronen eingebracht. In die Hände
des Hauptassessors gelangten etwa 10,000 Kronen, zu denen der
König und etliche Bankiers einige tausend Kronen geliefert
haben.

Von sozialistischer Seite wurde bald darauf eine Volksver-
sammlung einberufen, die sich gegen die Almosen aussprach und
das Recht auf Arbeit im Staate forderte. In dieser Hinsicht
hat der gegenwärtige Nothstand doch das Gute, daß er die
hiesigen Arbeiter aus ihrem trübsamen Zustande anrüttelt und
ihnen die Lehre beibringt, daß sich der Arbeiterstand nur auf
sich selbst zu verlassen hat. Es ist auch erfreulich zu beobachten,
wie sich die Anzeichen eines neuen Strebens hier und da kund-
geben, wozu auch der Versuch gehört, einen „großen politischen
Verein“ ins Leben zu rufen, da die jetzige Organisation allge-
mein als unhaltbar erkannt ist.

Als ein Zeichen der Besserung der Parteiverhältnisse ist es
wohl zu betrachten, daß der „Social-Demokrat“ jetzt recht oft
sozialistische Nachrichten aus Deutschland bringt und vor ein
paar „Niederknecht's“ „Soll Europa sozialisch werden?“,
„Hals und Bein“ „Uebeltes“ und „Miß's“ „Soziale Bewegungen
im alten Rom“ empfahl.

Nachdem Vorstehendes zur Abendung bereit lag, erfuhr ich,
daß der Central-Vorstand für Sonntag den 24. Februar eine
große Volksversammlung unter freiem Himmel angefeht hatte,
und ich unterließ deshalb die Abendung, um einen kurzen Be-
richt noch beizufügen.

Vom nächsten Frühjahrsweiter begünstigt, hatte die Ver-
sammlung einen sehr guten Verlauf, trotzdem daß wohl unge-

fähr 10,000 Menschen anwesend waren, nebst der unvermeidlichen Polizei zu Fuß und zu Pferde; die Rednerbühne war wie jedesmal mit den Fahnen der Fachvereine geziert, die weithin im schönsten Roth leuchteten. Die Tagesordnung war die Berichtserstattung der in einer früheren geschlossenen Versammlung gewählten Deputation über den Empfang und die Antwort des Ministerpräsidenten. Die Deputation hatte den Auftrag gehabt, die Regierung um Arbeit und Hilfe in der gegenwärtigen arbeitslosen Zeit zu ersuchen, wurde aber mit den gewöhnlichen Bertröstungen und mit mitleidigem Achselzucken abgepeist. Die Arbeiter hätten in den guten Zeiten sparen sollen; im Uebrigen aber solle Alles geschehen, sobald der Reichstag Gelder bewillige für das, was die Regierung für nützlich und vortheilhaft finde. Zum Schluß habe der Minister noch bemerkt, daß die Regierung das Wohl aller Klassen im ganzen Lande zu fördern habe, die Deputation repräsentiere aber nur einen Bruchtheil der hauptsächlichsten Arbeiter. — Nach diesen Mittheilungen wurde das offizielle Antwortschreiben der Regierung vorgelesen und treffend kritisiert; dann wurde ein von dem Comité abgefaßtes Erwiderungsschreiben zur Abstimmung vorgelegt und einstimmig angenommen.

Jörgen Gaardmond.

Sozialpolitische Uebersicht.

In der Reichstags-Sitzung vom 5. März fand die Debatte über das sogenannte Stellvertretungsgesetz statt. Die Minister von Bayern und Württemberg gaben die Erklärung ab, daß die von ihnen vertretenen Staaten niemals in das Institut der verantwortlichen Reichsministerien willigen würden, da dadurch die Selbstständigkeit der Einzelstaaten vollends vernichtet würde; das Zugeständniß, welches sie in der Vorlage gemacht, nach welcher ein Vicekanzler und sonstige Stellvertreter für den Reichskanzler vom Kaiser auf Antrag des Kanzlers ernannt werden könnten, sei schon ein bedeutender Schritt von dem Bundesstaat zu einem Einheitsstaat — weiter dürfe man aber nicht gehen. Windthorst ist natürlich mit diesen Ansichten einverstanden. Der conservative Redner und der fortschrittliche sehen im Wesentlichen auf dem Boden der Vorlage, während der nationalliberale Bennigen dieselbe erweitert haben will. Fürst Bismarck, der sehr schwach ist und während seiner Rede sich mehrfach niederlegt und Wein trinkt, ist kaum verständlich; er verteidigt die Regierungsvorlage. Im Allgemeinen waren selbst die „Reichsfreunde“ nicht besonders zufrieden mit der Debatte. Man beschloß, in die zweite Beratung nicht eher einzutreten, bis die stenographischen Berichte vorliegen, da die Reichsboten in ihrer großen Mehrzahl gar nicht verstanden hatten, was Bismarck geredet. — Bei dieser Gelegenheit sei bemerkt, daß man allgemein im Reichstage der Ansicht ist, daß von Bennigen und von Jordanbeck bald schon in das preussische Ministerium eintreten.

Genosse Fröhliche ist in die Kommission des Reichstages zur Vorberathung der Gewerbegezeß-Novelle gewählt worden. Vorsitzender dieser Kommission ist der nationalliberale Ridert, Stellvertreter desselben der Fortschrittler Bürger.

Die „unerlaubte Auswanderung“ hat nach Berichten über das „Decreesergänzungsgesetz“ für das Jahr 1876 ungeheure Dimensionen angenommen. Im Bezirk des ersten Armeecorps (Provinzen Ost- und Westpreußen) wurden von der Landbevölkerung 2339, und von der seemannischen 191 „Patrioten“ verurtheilt; 2300 und resp. 19 Mann befinden sich noch in Untersuchung, — also zusammen das häßliche Sämmchen von 4849 Mann in einem einzigen Armeecorps. Im zweiten Armeecorps (Provinz Pommern) waren die entsprechenden Ziffern 1711 und 163, resp. 2061 und 161, — somit im Ganzen des 2. Armeecorps 4096 Mann. Für das neunte Corps (Provinz Schleswig-Holstein und die beiden Mecklenburg) sind die Ziffern 1431 und 326, resp. in Untersuchung 659 und 352, also zusammen 2708 Mann. Im vierten Armeecorps (Provinz Sachsen) sind wegen „unerlaubter Auswanderung“ verurtheilt worden:

357 und befinden sich in Untersuchung 244, zusammen 601 Mann. Elsaß-Lothringen liefert nun das stärkste passive Contingent, nämlich: 3923 verurtheilt und 2317 in Untersuchung befindliche, zusammen 6240 Mann. — Also in fünf Armeecorps 18,384 Verurtheilten. Das deutsche Reich besitzt 15 Armeecorps; ist das Verhältniß in den übrigen dasselbe, so erhalten wir die respectable Summe von 55,000 jungen Männern, die „mit Gott für König und Vaterland“ dem „herrlichen Kriegsbeer“ den Rücken zu wenden.

— Aus der französischen „Republik“. In Nr. 24 meldeten wir, daß man in Marseille anstatt des verstorbenen Deputirten Rospail den im Gefängniß zu Clermont schmachtenden alten und edlen Sozialisten Blanqui als Candidaten aufstellen würde. Selbst wir dachten, daß die Eignung und das lange Leiden dieses Mannes die Bourgeoisrepublikaner bestimmen würde, den Arbeiter und der Sozialdemokratie diese kleine Eignung zu gewähren. Doch wir hatten uns bei den auch-Republicaner verreckt; Blanqui ist dieser Gesellschaft zu revolutionär. Deshalb haben die „Republikaner“ einen Herrn Clovis Hugues, einen unbedeutenden Menschen, aufgestellt. Und die revolutionären Arbeiter von Marseille? Sie werden den edlen Blanqui doch wählen! Vergebene Hoffnung — man hat die französischen Arbeiter, und leider unter der Zustimmung auch verschiedener Sozialisten, mit dem „republikanischen“ Fuderwasser bei den letzten Wahlen derartig aufgeschüttelt, daß sie alle Energie verloren zu haben scheinen und auch jetzt mit den auch-Republicaner stimmen werden. Das hat man nun von dem Bündniß mit der Bourgeoisie, das sind die Früchte der letzten Wahlen. Eine Annahme ist nicht erfolgt, Blanqui sitzt im Kerker — ist denn nun wirklich der geringste Unterschied vorhanden zwischen dieser Republik der Herren Dufaure und Gambetta und einer rein Mac Mahonistischen oder dem Regiment des Herrn Lulu? Mac Mahon hat sich unterworfen — ist es dadurch für die Freiheit irgend besser geworden? Gambetta ist allerdings außer Verfolgung gesetzt, aber Blanqui bleibt im Kerker. Und für diese „Republik“ hat man die französischen Arbeiter zur Wahlurne gelockt, damit sie ihre eigenen Interessen vergessen sollten! Und zu diesem infamen Spiel der französischen Bourgeoisie haben seiner Zeit selbst Sozialisten Beifall gerufen!

Aus Montceau au les Mines (Saône et Loire) meldet man, daß bei einer Massenandebung, als die versammelten Bergleute die Strikenden hochleben ließen, das Militär auf das Volk geschossen und 5 Personen verwundet hat. Wiederum ein Zeichen, wie human die „Republik“ gegen die Arbeiter vorgeht. Doch einen Fortschritt können wir verzeichnen — und wir thun es den „Republikanern“ zu Liebe sehr gerne. Wie der „Reveil“ nämlich mittheilt, erhalten die Deportirten in Neucaledon keine Stockschläge mehr, sondern nur Peitschenhiebe. — Es lebe die „Republik“!

General Cluseret, früher französischer Offizier, dann General in amerikanischen Diensten, später einer der Befehlshaber der Commune und zuletzt türkischer Generalstabs-Major, ist nach dem in Marseille erscheinenden „Petit Meridional“ von den Russen gefangen genommen und erschossen worden. — Die übrigen gefangenen türkischen Offiziere werden lediglich in der Gefangenschaft behandelt. Wenn die Nachricht überhaupt wahr ist, so drängt sich die Frage auf, ob die russische Armeeleitung den französischen Bourgeoisrepublikanern durch die Erschießung Cluseret's einen besonderen Gefallen erweisen wollte?

— Das in Mailand erscheinende sozialistische Blatt „Plebè“ meldet aus Cairo, daß dort eine sozialistische Partei besteht, die recht regsam agitiert und die Prinzipien des Sozialismus verbreitet.

— „Bad schlägt sich, Bad verträgt sich“ — diese schöne deutsche Sprüchwort findet folgende herrliche Illustration. Seine kaiserliche Majestät der Sultan hat am 3. März folgendes Telegramm an den russischen Kaiser gerichtet: „Bei Gelegenheit

tariers gemacht hat, dennoch hat sie ihn nicht zu dem gemacht, wozu er im Interesse Entwicklung des Kapitalismus hätte gemacht werden sollen. In ihrem Gedenken braucht die Bourgeoisie ein Proletariat mit noch ganz anderen Eigenschaften. Ein solches Proletariat muß wirklich „frei“ sein, es muß seine Arbeitskraft nach Belieben hier und dort feilbieten dürfen, je nach den Anforderungen des Arbeitsmarktes. Mit einem Worte, seine Arbeitskraft muß zur „Waare“ werden. Unser Bauer ist doch wenigstens noch im geringen Maße „Herr“ seines Stückchen Landes geblieben. Er ist ungnug mit seinem Stückchen Land verbunden, sowohl ökonomisch als auch mit seinem ganzen Fühlen und Denken; und verbunden durch ein ganzes System von polizeilichen und fiskalischen Maßregeln. Es hält sehr schwer, ihn durch „freien Vertrag“ und andere schönen Phrasen aus seiner Wirthschaft heranzulocken. Stoß wird er unter der Last des „Gottesfluches“ und der Strafe für die Sünden seiner Eltern senken; hoffnungslos wird er seinen „Antheil“ bebauen, seine Lebensbedürfnisse bis auf ein ungläubliches Minimum reducieren; er wird sogar seine Rückstände, für deren Aufreibung die nichts weniger als humane Landesverwaltung ganze Birkenhaine (als Brügelstoff!) auf Kosten des Bauern vernichten kann, sich anhäufen lassen — aber in die Arbeit zum „Herrn“ oder Kulak wird er doch nicht gehen und zum Kerker wird er sich freiwillig nicht hergeben. Um diesen Halsstarrigen in den kapitalistischen Entwicklungsprozess hineinzuziehen, muß man ganz andere Mittel anwenden — nämlich: Gewalt, Betrug, Preiserei. Wir meinen gar nicht die Gewalt und den Betrug, die in jedem Jorgesehbuch verpönt sind. In Rußland ist dieses Mittel das St. Kulakenthum (Kulake soviel wie Halsabschneider, Wucherer, Aukäufer), das eine russische nationale Eigenschaft ist. Unser Kulakenthum — das ist der westeuropäische „freie Vertrag“; in letzter Zeit ist das ganze ökonomische Leben in Rußland tief und breit von diesem Kulakenthum durchdrungen. Diese im russischen Leben alte Plage ist in ihrer neuesten Form eine ganz originelle Erscheinung. Und da diese Plage in Rußland die Form der westeuropäischen kapitalistischen Wirthschaft vorstellt, so wollen wir sie näher beleuchten. Wir werden hier nur vom Kulakenthum in der Landwirtschaft sprechen.

Das Kulakenthum herrscht in Rußland schon lange. Aber zwischen dem alten und modernen Kulakenthum ist eine unüberbrückbare Kluft. Die früheren Kulaki waren sozusagen freiwillige im Ruaben, wirkten vereinzelt, aus eigener Initiative, auf eigenes Risiko, ohne System und Solidarität. Sie rekrutierten sich größtentheils aus reichgewordenen Bauern und kleinen Handwerksleuten. Die öffentliche Verachtung verfolgte diese Auswürfe der Gesellschaft. Jetzt wird das Kulakenthum aber nur als eine „Verirrung“ betrachtet, das Vorurtheil ist gebrochen. Sobald die ehrenwerthen Landwirthe einsehen, daß es nicht so leicht sei, „freie Arbeit“ zu bekommen, machten sie sich an das Kulakhandwerk. Der „hohe“ Adelige, der früher den Kulak nur mit

der Feier der Thronbesteigung Curer Majestät bringe ich meine Gratulation mit dem Wunsch dar, unsere freundschaftlichen Beziehungen zu erneuern.“ — Seine kaiserliche Majestät der Czar hat folgendermaßen geantwortet: „Ich danke Curer Majestät für die ausgedrückten Glückwünsche. Ich erhielt dieselben gleichzeitig mit der Nachricht von der Unterzeichnung des Friedens und ersehe in diesem Zusammenfallen ein Vorzeichen dauerhafter guter Beziehungen zwischen uns.“ — So die kaiserlichen Herren — bluttriefend noch durch die gegenseitige Rauferei bringen sie sich Gratulationen dar!

— Der Uebermuth der Russen kennt keine Grenzen. General Ignatieff soll in San Stephano sich folgendermaßen geäußert haben: „Die Türken werden uns Alles, was wir stipuliert haben, bezahlen müssen. Wir haben mehr Gebiet in Asien, als wir brauchen. Wir wollen eine Flotte und Geld. Die Pforte mag sich arrangieren, so gut sie kann; das ist ihre Sache; aber sie muß sich erklären. Vor Oesterreich fürchten wir uns nicht; Kaiser Wilhelm hält seine Pferde gefastet, um ihm auf den Rücken zu stürzen, wenn es Streit mit uns anfängt; und was England betrifft, je mehr Chikanen es uns bereitet, desto anspruchsvoller werden wir auftreten. Es mag nur kommen, uns von hier zu vertreiben.“ — Ob diese Aeußerungen nun wörtlich wahr sind, oder nicht — sie sind aber ganz in russischem Geiste wiedergegeben. Auch mag die ruffenfreundliche Rede des Herrn von Bismarck bei der Orientdebatte nicht unwesentlich dazu beigetragen haben, den Russen den Ramm schwellen zu lassen.

— Unser Parteigenosse Bruck in Gotha ist in Untersuchungshaft genommen worden. Als Hauptgrund wird angegeben, daß „er sich nicht mit Andern bereden soll“. Doch hat der Staatsanwalt auch als weiteren Grund angegeben, daß die Flucht anderer sozialdemokratischer Redakteure ihm Veranlassung zu dem Haftbefehl gegeben habe.

Wir machen hierauf besonders deshalb aufmerksam, weil verschiedene unterer Parteigenossen die Tragweite derartiger Haftentziehungen durch die Flucht seitens sozialdemokratischer Redakteure gar nicht zu kennen scheinen. — Parteigenosse Krühl, Redakteur der „Halberstädter Freien Presse“, ist am 1. März in zweiter Instanz zu elf Monaten Gefängniß verurtheilt worden. Der frühere Redakteur Voigt hat vor einigen Tagen die Anforderung zum Haftantritt (neun Monate Gefängniß) erhalten.

Aus Böhmen.

Haslau, 1. März.

Die Folgen der kapitalistischen Produktionsweise werden — wie überall — auch in unserer Gegend sehr schmerzlich empfunden. Der Großbetrieb verdrängt die Handweberei und brachte Hunderte von „selbständigen“ Webern entweder an den Bettelstab, oder machte sie — was fast noch schlimmer ist — zu Fabrikflaven. Da unsere Gegend sehr bevölkert ist, ist auch das Angebot von „Händen“ groß und sind die Fabrikanten in die Lage versetzt, die Arbeitskraft recht billig zu kaufen. Nach Einführung der mechanischen Webestühle wurden meist Frauen und Kinder, denen ein wahrer Hungerlohn gezahlt wird, eingestellt. Daß bei einem solchen Vorgehen die Fabrikanten reich, sehr reich wurden, ist selbstverständlich; in dem Maße aber als der Reichtum der „Herren“ sich anhäufte, fiel auch die Noth des Volkes. Wie überall, haben auch hier die Ausbeuter nur ihren Geldsack im Auge und drücken die Löhne derart herab, daß sie zur Beschaffung des Allernothwendigsten nicht mehr ausreichen. Wollen sich die Arbeiter eine derartige unmensliche Ausbeutung nicht mehr gefallen lassen, wollen sie nicht ruhig verhungern, lehnen sie sich gegen ihre Unterdrücker auf, dann hat man ein Universalmittel, welches sich gegen die Unzufriedenen bis dato stets bewährt hat: man hat Soldaten und — Gefängnisse.

Die in unserer Gegend herrschende Noth spottet tatsächlich

Verachtung an, sah sich genöthigt, bei Herannahen der neuen Wera beim „Kulak“ in die Schule zu gehen. Das Kulakenthum ist in ein System gebracht worden. (Fortsetzung folgt.)

— Aus der „Gartenlaube“ erfahren wir, daß Fürst Bismarck im Jahre 1873 den früheren Revolutionär Vorhag Bucher „eine wahre Perle“ genannt habe. Der Artikelschreiber, Norz Buch, nennt Bucher bei der Gelegenheit den „gesinnungslosigen“ unter den Gefährten Bismarck's. Wenn also der Renegat Bucher der „gesinnungslosige“ wirklich ist, was wir nicht bezweifeln wollen, dann möchten wir aber erst die andern Bismarck'schen Perlen kennen lernen.

— Ein brutaler Religionslehre. Die steinmärkische Blätter berichten, fand am 7. Febr. vor dem Bezirksgericht Mann in Unterleier eine Strafverhandlung gegen den Caplan und Reichthum Shoffhel aus Bidim und den Wundarzt Kuncel statt und endete mit einer Verurtheilung beider Angeklagten zu Geldstrafen. Der genannte Religionslehrer hat nämlich einen epileptischen Knaben, wozu derselbe die „Eigenschaften Gottes“ nicht herzulassen wolle, in der Schule so lange mit dem Stode über das Rückgrat geschlagen, bis der Stod zersack. Wundarzt Kuncel hatte zum Caplan, obwohl er den in Folge der erlittenen Verletzungen erkrankten Schulknaben ärztlich behandelt, geholfen: „Sie haben zu viel geschlagen, wenn Sie die Ritter nur nicht anzeigt.“ Er selbst hatte jedoch aus Freundschaft für den Caplan nicht nur die ihm obliegende Anzeige an das Gericht zu erlassen unterlassen, sondern sich sogar wiederholt geweigert, ein ärztliches Zeugniß über die Verletzungen des Knaben anzustellen.

— Für Patrioten. Die „Kadel“ erhält folgende Zuschrift: Die Zeiten sind schlecht, das weiß wohl Jeder, und wenn man einmal so ein Bourgeois' Leih- und Ragenblatt zur Hand nimmt und liest von den „Gruenelshaten“ der „herumlungerten Strohe“ so muß man beinahe glauben, die Welt sei zur reinen Wüsten geworden. Ich selbst habe mich abregnet, daß es auch wirklich nicht ganz „gehener“ ist, denn gestern sah ich unter den vielen Bettlern und Herberglosen, die die Polizei tagtäglich nach dem Georgenhause hin- und hertransportiert, einen der durch seine kräftige Gestalt, aber noch mehr durch schlechte Kleidung sich auszeichnete. Ich betrachtete mir den Armen genauer. Aber denken Sie sich mein Erstaunen: es war einer, der von allen Patrioten und Bourgeois gefeierten Ritter des eisernen Kreuzes!

— Ein Wort von Vater Sechi. Wie Christus, als ihm die Verfolger das Bild auf der Münze zeigten, sich mit kluger Antwort half: „Gebet dem Kaiser, was des Kaisers und Gott, was Gottes ist“, so hat der unlängst verstorbene berühmte Astronom und — Jesuit, Vater Sechi, einmal den Jesuiten geantwortet, als sie ihn, vielleicht um dem Bruder eine Falle zu stellen, fragten, wie er die Wissenschaft und Religion vereinigen könne. Sechi, so erzählt die „Daily News“, sagte: „In der Wissenschaft folge ich der Natur, in der Religion dem Papste“. Natur und Papst freilich kommen so oft in Conflict wie Gott und Kaiser. Was Darwin wohl antworten würde, wenn man ihm die nämliche Frage vorlegte?

Die Folgen der czarischen Reformen.

Skizzen über die Ausbeutungsfortschritte in Rußland in den letzten Jahren.

(Aus der nentlich erschienenen russischen sozialistischen Revue „Vorwärts“ [Wpered] Bd. V. London.)

(Fortsetzung.)

IX.

Mit Befriedigung konnten die „Reformatoren“ auf ihr Werk hinweisen. Ihr sehnsüchtiger Wunsch war erfüllt: Das „freie Proletariat“, dieses für den Kapitalismus unentbehrliche Element war geschaffen. Nunmehr konnten sie die „Früchte der Reformen“ einheimfen.

Aber gerade das war nicht so leicht, denn die Produktion mit „freier Arbeit“ ging nicht so leicht von Statten. Die Fabrikindustrie entwickelte sich aber langsam und die Landwirtschaft machte sogar Rückschritte. Ueberall wurden Klagen über die „Arbeiter“ laut: unser „freies Proletariat“ gab sich nicht in die Hände der Kapitalisten.

Die „Reformatoren“ bemerkten gar nicht, daß ihr geplantes Gebäude nicht im westeuropäischen Styl aufgeführt war, denn der Eßlein, auf dem sie ihr Gebäude aufbauen wollten, war nur ein schlaueres und geschickter durchdachtes Kompromiß. Ein Kompromiß aber ist und bleibt immer eine mißliche Sache. Die westeuropäischen Zustände, die sie nachahmen wollten, waren nicht durch Kompromisse geschaffen, sie sind das Produkt der brutalen Gewalt, die sich aber in den heuchlerischen Mantel des „freien Vertrags“ zu hüllen verstanden hat. Bei uns erwies sich aber, zum großen Entsetzen der „Reformatoren“, der „freie Vertrag“ für den Kapitalisten als ungenügend. Unser Proletariat ist gar nicht der Arbeiter, mit welchem es der westeuropäische Kapitalist zu thun hat.

Daß der „Reform“ und den „Beglückungen“ ist unser Bauer wirklich zum Proletariat gemacht worden, aber er ist Proletariat in seiner eigenen Wirthschaft. Man kann getrost sagen, daß seine Lage schlimmer ist, als die des westeuropäischen Proletariats. Gewiß, dieser weiß nicht, was der morgige Tag ihm bringt, aber der heutige gehört ihm. Er kann sicher sein, daß das, was er heute erarbeitet, verdient hatte, ihm ohne Widerspruch gehört und daß es Niemand wagen würde, ihm seinen Verdienst streitig zu machen. Bei unserm Bauer ist das aber anders, er ist immer der Gefahr ausgelegt, daß der Stanovoi (Kreisrichter), „wie ein Mörder über ihn herfallen und ihn berauben kann“, ihm Alles, was er mit schwerer Arbeit verdient hat, wegnehmen und sogar ihn selbst, zur Dedang der Steuerrückstände, als Knecht verkaufen kann.

Und obwohl die „Reform“ ihn enterbt und seine Lage hoffnungsloser und verzweiflungsvoller als die eines echten Prole-

jeder Beschreibung. Die Arbeiter leben nicht, sie sterben, da sie die durch die Arbeit verausgabte Körperkraft nicht durch entsprechende Nahrung ersetzen können, eines langsamen Hungertodes. Bei anstrengender Arbeit verdienen viele Weber wöchentlich nicht mehr als 2 Gulden bis 2 Gulden 50 Kr. (= 4—5 Mark), oft auch noch weniger. Von diesem Hungerlohn wird ihnen unter allerlei Vorwänden noch jede Woche ein Theil als „Strafe“ abgezogen, d. h. gestohlen.

Viele Weber arbeiten freilich „zu Hause“, aber nicht für sich, sondern für die Fabrikanten, von welchen sie das Garn beziehen und an welche sie die fertige Waare abzuliefern haben. Selbstverständlich darf der Lohn die Erzeugungskosten in der Fabrik nicht übersteigen. Der Fabrikant erhält die Waare und erspart dabei noch die Herrichtung und Instandhaltung der Arbeitslokale, deren Beleuchtung und Belüftung u. dgl.

Die Noth ist eine wahrhaft grenzenlose; manche Familien bekommen oft die ganze Woche hindurch keinen Bissen Brod zwischen die Zähne. Die Nahrung besteht hauptsächlich — ich möchte sagen fast ausschließlich — aus Kartoffeln und einer Surrogats-Brühe, die Kaffee genannt wird; wenn es gut geht, wird den Kartoffeln ein Häring beigelegt.

Aber nicht bloß den Webern geht es so schlecht; auch in der Gegend von Karlsbad, woselbst große Porzellanfabriken sind, ist das Elend unbefriedigend. Auch hier wissen die Fabrikanten aus der Noth der Arbeiter Nutzen zu ziehen, indem sie die Löhne drücken. Männliche Arbeiter, welche die Geschirre in die Ofen zu setzen resp. auszuheben haben und dabei einer infernalischen Hitze ausgesetzt sind, erhalten für diese aufreibende und der Gesundheit äußerst nachtheilige Arbeit 35 bis 40 Kreuzer (= 70—80 Pf.). Arbeiterinnen werden mit 20 bis 25 Kreuzern entlohnt. Ob und wie der Mensch mit einem solchen „Lohne“ leben kann, mag sich Jeder selbst beantworten.

Aus dem Gebirge ziehen die Leute scharenweise bettelnd im Lande umher. Während die Noth solche Dimensionen annimmt und die Arbeiter oft nicht wissen, woher sie bei aller Arbeit das liebe Brod nehmen sollen, sitzen die Herren Reichsrathsabgeordneten in Wien und beglücken das Volk mit — neuen indirekten Steuern.

Die Herren „Volksvertreter“, welche doch kaum 10 Prozent der Gesamtbevölkerung vertreten, wissen die Steuerlast recht gut von sich ab und auf die Schultern des Volkes zu wälzen. Indirekte Steuern, von denen der Riesenanteil das arbeitende Volk zu zahlen hat, werden von unseren sogenannten Volksvertretern stets den direkten vorgezogen. So ist es jetzt z. B. mit der Erhöhung des Kaffeepreises. Zwanzig Gulden pro Centner macht 20 Kreuzer pro Pfund, vertheuert daher die Waare um ein Wesentliches. Dieseollerhöhung ist für die arme Bevölkerung — besonders Böhmens — bei welcher der Kaffee ein Hauptnahrungsmittel bildet, ein sehr empfindlicher Schlag. Im ganzen nördlichen und westlichen Böhmen, besonders in Industriebezirken, ist das Volk so zu sagen auf den Kaffee angewiesen. Kaffee zum Frühstück, Kaffee zum Mittagmahl — weil sich derselbe am leichtesten in den Blechgefäßen, welche in die Fabriken mitgenommen werden, aufbewahren und aufwärmen läßt — und Kaffee und Kartoffeln zum Abendbrod. Wenn die Quantität, die der einzelne Arbeiter verbraucht, auch klein ist, so wird doch der meiste Kaffee von der ärmeren Bevölkerung konsumirt, weil z. B. tausend Arme, die dreimal täglich je auch nur einige Bohnen verwenden, doch mehr verbrauchen, als ein Reicher, der täglich zwei Tassen Kaffee zu sich nimmt.

Es ist voranzusehen, daß die Einnahmen, welche durch die Mehrbesteuerung des Kaffees erzielt werden, auch nicht lange nachhalten, daß sie in den unerzittlichen Staatsbankrott eben so spurlos verschwinden werden, wie z. B. die 80,000,000 Gulden, welche das Tabakmonopol, oder die 9—10 Millionen Gulden, welche die Lotterie jährlich „Profit“ abwerfen.

Man wird dann die Steuererhöbungen etwas feiner angeben und das arme Volk noch mehr andrücken; um Steuerobjekte wird weber die Regierung im Auffinden derselben, noch die „Volksvertretung“ im Bewilligen verlegen sein.

Sonst geht es bei uns auch recht heiter zu. Von Seite der Behörden wird das arme Volk auf das fürsorglichste bevormundet und es wird Sorge getragen, daß das „gährende Drachengift“ der Aufklärung über soziale und politische Verhältnisse ferngehalten werde.

Die Gründung von Vereinen wird einfach nicht gestattet. Die bestehenden Vereine werden mit Argusaugen bewacht, Versammlungen werden nicht erlaubt u. s. w. Um Gründe, mit welchen die Unterjogung der Versammlungen beschönigt werden, sind die Herren nicht verlegen. So wurde z. B. im vorigen Jahre eine Versammlung nicht gestattet, weil der Einberufer ein gerichtsbekannter Sozialdemokrat und deshalb Gefahr vorhanden sei, daß die öffentliche „Ruhe und Ordnung“ gestört werden könnte. Es ist dies allerdings eine sonderbare, nur den „L.“ Gerichten verständliche Logik — aber es war ein „Grund“, auf den man das Verbot stützen konnte.

Aber trotzdem sich die „Herren“ alle mögliche Mühe geben, unsere Arbeiterbevölkerung vor dem vordringenden Sozialismus hermetisch abzusperren, ist doch der „Liebe Mühe“ vergebens, weil sie unseren besten Bundesgenossen, die Noth, nicht verjagen können. Die Noth ist es, welche so Manchen veranlaßt, sich die „göttliche Weltordnung“ etwas näher anzusehen, und da kommt er zu sonderbaren Resultaten.

Wir wollen hoffen, daß es auch bei uns bald besser werden wird.

die Gemeinde bis jetzt niemals derjenigen durch Private ebenbürtig gezeigt. Es fehlt eben dabei das Interesse, welches das Eigentum den Menschen einflößt. Nennen Sie das, wenn Sie wollen, Egoismus; die Thatsache bleibt dieselbe. Die Selbstsucht würde auch im sozialdemokratischen Staate nicht fehlen; im Gegentheil, sie würde nach meiner festen Ueberzeugung da erst recht zu finden sein. Der Materialismus ist nicht der Boden, auf dem die Selbstlosigkeit wächst; das beweist die Erfahrung. Und doch bedürfte gerade der sozialdemokratische Staat mehr als jeder andere dieser Tugend der Selbstlosigkeit bei seinen Bürgern. Daß man bei Ihnen so ohne weiteres annimmt, die reine Selbstlosigkeit, der rechte Gemeinssinn, die Selbstsucht, die Brüderlichkeit würden sich im sozialdemokratischen Zukunftsstaate im höchsten Grade finden: ist eine der falschen Voraussetzungen, womit sich Ihre Partei selbst täuscht. Wenn diese Voraussetzung aber nicht eintritt, so ist es für jeden Vernünftigen klar, daß unter dem Regime des sozialdemokratischen Kollektivbesitzes weniger Genußmittel produziert werden würden als jetzt, daß von einer Verbesserung der Lage der Menschen also keine Rede sein könne. Die Nationen würden eben knapper ausfallen für alle.

Die Sozialdemokratie verspricht uns, daß unter ihrer Herrschaft die Bildung größer und allgemeiner sein werde. Auch dies bezweifle ich aus mehreren Gründen. Ein Hauptgrund, den ich zunächst nur hervorheben will, liegt für mich gerade in dem Umstande, daß im sozialdemokratischen Zukunftsstaate alle Gewerke und auch die Landwirthschaft möglichst im Großen und mit größtmöglicher Anwendung von Maschinen betrieben werden sollen. Es ist eine Erfahrungsthatfache, daß bei diesem Betrieb der Grundjah der Arbeitsteilung auf die Spitze getrieben wird, daß an das Denken der Arbeitenden äußerst geringe Anforderungen gestellt werden. Sie werden thätig das, was der schmähliche englische Ausdruck besagt, hands, Hände, eine Art von lebendigen Maschinen, Stücke von Maschinen, weiter nichts. Sie wissen recht gut, Herr F. R., wie entsetzlich unsre Fabrikbedürftigung unter diesem Zustande leidet. Sie wissen, daß viele unserer heutigen Fabrikarbeiter — und zwar ohne ihre Schuld, bloß in Folge ihrer Beschäftigung — in intellektueller Beziehung tief unter dem Handwerker des 15. Jahrhunderts stehen. Was sollte aber erst werden, wenn sich dieses Verhältnis in dem Maße verallgemeinern würde, wie es in dem sozialdemokratischen Zukunftsstaate der Fall sein müßte? Ein ungeheures Heer von denkräften und schließlich denkfähigen Tagelöhnern des Staates und ein Randarmenthum von wenigen Strebern, die sich der leitenden Stellen bemächtigen würden: das wäre das Ende vom Lied und der Anfang vom Ende einer wahren Civilisation. Ob wir dann wohl noch lange Uelache hätten, über das stagnirende China mitleidig die Achseln zu zucken?

Der sozialdemokratische Zukunftsstaat soll aber auch der Staat der größten persönlichen Freiheit sein. So sagen wenigstens seine Parteigänger. Ob sie sich nicht täuschen? Nach der bisherigen Erfahrung hat es als ausgemacht gegolten, daß gerade der Besitz eines Eigenthums an Produktionsmitteln dem Menschen eine relativ unabhängige Stellung gewähre. „Mein Haus ist meine Burg“, sagt der Engländer, und das gilt insbesondere von dem eignen Hause und ebenso von dem eignen Ader etc. Die Freiheit, welche ohne allen Besitz an Produktionsmitteln wäre, hat doch etwas von der Freiheit des Bogels an sich, kommt dieser aber nicht einmal gleich, da der Vogel wenigstens ein eignes Nest hat, das ihm von keiner Vogelcommune geliefert wird, sondern das er sich in der Regel baut, wo und wie er will und kann, und das er gegen ungebundene Gäste vertheidigt, so gut er es vermag. Der Bürger im sozialdemokratischen Staate würde sich solcher Freiheit nicht erfreuen. Offen gestanden scheint mir die Freiheit, welche wir im sozialistischen Zukunftsstaate zu hoffen hätten, verzweifelt nach dem Arbeitshause oder der Kaserne zu schmecken, wo auch der einzelne Bewohner als Glied der Gemeinde oder des Staates, ebenjogut wie seine Vorgesetzten, Riteigentümer des Hauses ist und ein homöopathisches kleines Stückchen Recht an dasselbe hat — und doch wie gern lehrt er dieser Freiheit den Rücken!

Der sozialdemokratische Staat müßte die persönliche Freiheit des Einzelnen allgemein in einer Weise beschränken, wie es heutzutage doch nur ausnahmsweise der Fall ist. Ein Beispiel: Der sozialistische Staat regelt die gesammte Produktion und Conjunction durch seine erwählten Beamten. Es wird also produziert, was die Majorität für das vortheilhafteste und erwünschteste hält. Aber es giebt auch Leute, welche einen andern Geschmack, andre Ansichten und Bedürfnisse haben. Diese werden einfach ignorirt. „Vae victis“, d. h. hier: die in der Minorität sind, müssen sich duden und nehmen, was ihnen von der Majorität zugewiesen wird. Heutzutage baue ich mir entweder selbst, was mir gefällt, in Feld und Garten, mag auch die ganze Bevölkerung der Umgegend über meinen Geschmack die Achseln zucken, oder ich bestimme durch die Aussicht auf Gewinn andere dazu, die Dinge, welche ich wünsche, für mich zu produziren. Das gilt natürlich nicht bloß von den Nahrungsmitteln, sondern auch von allen andern Genußmitteln. Und das ist ein Stück Freiheit, die mir höher gilt, als das Verwusehen, bei einer Präsidentenwahl oder bei der Wahl eines Vorstandes für den engeren Genossenschaftsbezirk, dem ich angehöre, unter Tausenden mitgewählt zu haben und dabei — in der Minorität geblieben zu sein.

Ein anderes Beispiel: Nehmen wir die Berufswahl — wird diese im sozialdemokratischen Staate wirklich frei sein? Ich hege große Zweifel. — Der Staat muß für die feigste Produktion sorgen. Wie nun, wenn sich für einen besondern Betriebszweig nicht genug Arbeiter freiwillig stellen, weil ihnen die Arbeit nicht zusagt, und sie ein Recht auf anderweitige Beschäftigung zu haben glauben? Da bleibt dem Staate nichts anders übrig — denn die Arbeit muß gethan werden — als zum Zwange seine Zuflucht zu nehmen. Zum Zwange im Staate der höchsten Freiheit! Zum Zwange wie im alten Feudalstaat mit seiner Frohnde! Da wäre ja die Leibeigenschaft mit ihrer Frohnarbeit fast ein beneidenswertes Ding gegen eine solche Freiheit! Der Leibeigene hatte doch wenigstens die Aussicht, sich frei kaufen zu können. Aber in dem sozialdemokratischen Universalstaate wäre zuletzt vielleicht sogar diese Möglichkeit ausgeschlossen. (Es heißt da, wie bei Dante in der Ueberschrift über der Hölleportale: „Die ihr hier eintretet, laßt alle Hoffnung fahren.“)

(Fortsetzung folgt.)

wirklich ganz unerwartet zahlreichen Besuch zum großen Theil der hochwohlwollenden Polizei zu verdanken, und wir wollen hoffen, daß sie uns auch fernerhin solche Aufmerksamkeit und Liebesdienste erweisen möge. Auch das Thema: „Was ist Religion“, welches Genosse Bogz sich zu seinem Vortrag wählte, hatte seine Wirkung nicht verfehlt, denn es hatten sich eine Menge Baptisten, Muder und Zwinglianer eingefunden. Herr Bogz entledigte sich seiner Aufgabe trefflich und wurde öfter von lebhaften Bravorufen unterbrochen; auch verstand er es sehr gut, in kurzen Zügen des Sozialismus, seiner Forderungen und seiner Bedeutung im Reichstage zu gedenken. Redner ging dann auf die Gewerbeordnung über und theilte mit, daß in nächster Sitzung ein Vortrag über dieselbe gehalten werden würde, und forderte schließlich die Anwesenden auf, dem Arbeiter-Vereins beizutreten, um bei der nächsten Reichstagswahl einen wirklich für die Rechte der Arbeiter eintretenden Kandidaten aufstellen zu können. Ein abermaliges lebhaftes Bravo lohnte den Redner. Bei der Diskussion ergriff auch ein Baptist das Wort, um den Vorredner zu widerlegen, aber schallendes Gelächter war die Antwort auf die „Widerlegungen“.

In die ausgelegten Mitgliederlisten zeichneten sich 30 Mitglieder ein. Wir sind der Ueberzeugung, bei fortgesetzter Thätigkeit bald größere Erfolge zu erzielen.

Für Montag den 4. März hat Genosse Hahn einen Vortrag über die neue Gewerbeordnung und im Anschluß daran über das sozialistische Programm übernommen. Für die nächstfolgende Sitzung Genosse Seebach über Nationalitätssindeln. Ueber beide Sitzungen werde ich seiner Zeit berichten. — Die Untersuchung gegen Genossen Seebach wegen Verbreitung des Anti-Syllabus scheint jetzt beendet und Strafantrag gestellt zu sein. — Im Handwerkerverein hielt kürzlich Lehrer Knobloch einen Vortrag über „Verfassung“ und kritisirte derselbe die deutsche resp. preussische Verfassung sehr scharf, so daß er am andern Tage die Ehre hatte, die hohe Polizei zu empfangen, welche sich das Manuscript zu diesem Vortrage ausbat; diese mußte aber ohne dasselbe abgehen, da Herr Knobloch erklärte, er habe sein Manuscript im Kopfe, man könne also nur ihn selbst mitnehmen.

Das soziale Elend greift in Bromberg in so erschreckender Weise um sich, daß bereits Fälle von Hungertyphus constatirt sind. So wurde erst vor einigen Tagen eine Familie, aus sieben Personen bestehend, welche am Hungertyphus erkrankt war, nach dem städtischen Krankenhaus geschafft. Weiter: Ein eben erst aus dem Gefängnis entlassener Arbeiter mußte sich auf die Weise ein sicheres Unterkommen und Brod zu verschaffen, daß er am hellen Tage eine große Ladenfensterscheibe einschlug. Zwei andere brodlose Arbeiter gingen vor den Augen der Polizei „schicken“, um wenigstens auf einige Tage ein Unterkommen zu finden. Das hiesige Kreisgerichtsgefängnis ist derart überfüllt, daß kürzlich an einem Tage mehrere 100 Personen, welche Strafen abgeben wollten, zurüdgezogen wurden. Raubfälle auf offener Straße, wobei gleich 3—7 „Strolche“ ihre Verusche machen, werden fast täglich von hiesigen Zeitungen registriert, und Diebstähle werden mit unerhöhter Dreistigkeit täglich ausgeführt. Im Monat Dezember 1877 wurden hier 102 Personen zur Haft gebracht. — Ein Commentar hierzu ist jedenfalls überflüssig. So läßt der heutige Staat seine Angehörigen im Elend verkommen, während er für andere Sachen Geld in Hülle und Fülle hat oder doch wenigstens verbraucht. O diese Schande der Welt! Nur im sozialdemokratischen Zukunftsstaate können die Menschen alle glücklich werden, und so wollen auch wir hier in Bromberg mit erneuten Kräften für die Verbreitung unserer Ideen Sorge tragen, damit wir dieses Ziel erreichen.

Aufg. im Februar. Wahrscheinlich, es geschah bei uns hier Zeichen und Wunder! Advokaten und Staatsanwälte sogar fangen an, vernünftigen Ideen Raum zu geben und dieselben öffentlich vor Gericht auszusprechen. Wir trauten unseren Ohren kaum, als uns von einem Augen- und Ohrenzeugen über eine am 19. Februar vor dem Schörrichter hier selbst stattgehabte Verhandlung Nachstehendes mitgeteilt wurde:

Am 11. November v. J. spielten vier Arbeiter in Landkirch (Fehlmann) in der Krüger'schen Wirtschaft Karten. Der wegen Raubes angeklagte Graeper betheiligte sich an diesem Spiel, verlor jedoch und blieb einem der Mitspielenden 30 Pf., einem anderen ebenfalls eine Kleinigkeit schuldig. Als einer der Mitspielenden, Namens Winter, das Lokal verließ, folgte ihm Graeper und stellte das Ersuchen an ihn, ihm etwas Geld zu leihen. Dies wurde ihm wiederholt verweigert. Bösslich sahnte Graeper mit einem zugeklappten Taschenmesser zwei Schläge nach dem Kopfe des Winter, daß dieser blutete. W. wollte seinen Wegner durch gutes Zureden besänftigen, als Letzterer jedoch wieder gegen ihn ausholte, ließ W. davon, wurde aber von E. eingeholt und auf's Neue geschlagen, worauf er um Hilfe schrie. E. brohte, indem er W. das offene Messer vor den Leib hielt, ihn niederzustechen, wenn er nicht schweige, worauf W. Alles ruhig mit sich geschehen ließ. E. untersuchte die Westentasche des W. und schnitt, da das Geld zwischen Futter und Oberzeugen gerührt war, das Zeug durch, um das Geld herauszunehmen. Er lehrte darauf in die Wirtschaft zurück und erwiderte auf die Frage, wovon er blutig sei, er habe sich geschnitten. Winter machte am andern Morgen Anzeige bei der Kirchspielvogtei. Dr. Kästner, der die Wunden untersuchte und verband, erklärte dieselben für nicht lebensgefährlich. Am 13. wurde E. verhaftet und in seinem Besitze fand man die von W. bezeichneten Münzen, welche denselben durch E. entwendet worden waren. Der Angeklagte legte sich auf's Beugnen, jedoch gelang es ihm nicht, die Anklage zu entkräften. Die Bertheidigungsrede des Justizraths Renthof enthielt zwei bemerkenswerthe Aussprüche. Der Genannte plaidirte für mildernde Umstände, indem er hervorhob, daß der Angeklagte Soldat gewesen sei und als solcher den Feldzug 1870/71 mitgemacht habe, in Folge dessen zu Rohheiten geneigt sei. Es sei ja bekannt, daß die Rohheiten nach dem Kriege zugenommen hätten. In seiner Replik gab der Staatsanwalt dies zu, betonte jedoch, daß der Angeklagte ohne besondere Noth die That verübt habe. Die Geschworenen bejahten die Schuldfrage, erklärten jedoch mildernde Umstände für zulässig, worauf Angeklagter zu 3 Jahren Gefängnis und Ehrverlust von gleicher Dauer verurtheilt wurde.

Nun, wir können mit diesem Zustandsbildnis aus gegnerischem Munde recht zufrieden sein. Auf den Ausdruck des Bertheidigers würden wir weniger Gewicht gelegt haben, wissen wir doch, daß die Advokatur ein Geschäft ist, daß die Herren Advokaten oftmals gegen ihre eigene Ueberzeugung sprechen, um nur das Urtheil der Richter zu Gunsten ihres Klienten zu beeinflussen. Wichtig für uns ist lediglich der Umstand, daß selbst der Staatsanwalt die Behauptung des Bertheidigers zugab, und daß also hier vor dem öffentlichen Gerichte die von uns so oft betonte Thatsache, daß die Kriege, selbst die „heiligsten“, wie doch nach Ansicht unserer Herren Nationalliberalen der Krieg von 1870/71 einer war, entzittlichend und verrohend auf die Massen wirken, von der Staatsanwaltschaft wie auch von den Geschworenen, welche ja mildernde Umstände annahmen,

Entgegnung

auf „die Motive des Sozialismus“ von F. R.

(Fortsetzung.)

Doch vielleicht könnte, was nach dieser Seite verloren geht, auf einer andern um so reichlicher gewonnen werden? Etwas durch reicheren physischen Genuß? Ich bin für meine Person allerdings der Ansicht, daß der von mir angeordnete Verlust durch keinerlei materiellen Gewinn aufgewogen werden kann. Doch sehen wir einmal näher zu, ob die Verwandlung des Privateigenthums in Kollektiveigenthum uns auch nur eine Vermehrung des materiellen Genußes, eine Aufhebung des Mangels in sichere Aussicht stellt. Ich glaube nein.

Wir haben schon jetzt Kollektiveigenthum, ähnlich dem von Ihrer Partei projectirten, in der Form von Staats- und Gemeindevermögen. Wirft dieser Besitz unter sonst gleichen Verhältnissen höhere Erträge ab, als der Privatbesitz? Jedermann weiß, daß dies nicht, daß vielmehr das Gegenteil der Fall ist. Es wäre höchstens als Ausnahme möglich in einzelnen Zweigen der Industrie, wenn der Staat durch seine großartigen Mittel jede Concurrenz von Privaten (auch von Genossenschaften) unmöglich machte, wenn er die betreffende Industrie thatsächlich monopolisirte. Bei der Landwirthschaft aber — und diese ist doch im Grunde der wichtigste Faktor in der nationalen Produktion — hat sich die Bewirthschaftung durch den Staat oder

Correspondenzen.

Bromberg, 26. Februar. Endlich bin ich in der Lage, von Bromberg wieder etwas zu berichten. Der Arbeiter-Vereins, welcher seit dem 7. Mai 1877 besteht, jedoch wegen Abreise der meisten seiner Mitglieder aus der Öffentlichkeit zurücktrat, hat endlich die erste öffentliche Sitzung am 18. Februar — nach zweimaliger polizeilicher Inhibition — abgehalten, welche von nahezu 130 Personen besucht war. Natürlich hatten wir diesen

